

Eine feministische Partei braucht den konsequenten Schutz von Betroffenen

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 3. Juni 2023 in Aschersleben)

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bekennt sich zu den feministischen Grundsätzen der Partei und betont die Wichtigkeit des Kampfes gegen sexualisierte Gewalt und Diskriminierung in der Gesellschaft und in den eigenen Reihen. Der Landesvorstand hat dazu am 17. Oktober 2022 die Richtlinie für eine antisexistische Organisationskultur verabschiedet.

Übergriffe innerhalb der Partei stellen einen Angriff auf dieses Selbstverständnis dar, verdrängen Betroffene aus den Strukturen, können sie traumatisieren und vieles mehr. Ziel unserer Organisationskultur muss es sein, Übergriffe durch präventive Maßnahmen und ein gelebtes Selbstverständnis zu verhindern. In den Fällen, in denen es doch zu Übergriffen kommt, müssen die Opfer und Betroffenen geschützt werden. Sie brauchen die notwendige Hilfestellung, die sich an ihren Interessen orientieren muss.

Deshalb begrüßt der Landesparteitag den vor allem auf der Bundesebene begonnenen Prozess zur Einrichtung von Mechanismen, die auf entschiedene Konsequenzen abzielen. Wir sehen die dringende Notwendigkeit, dass Betroffene gerade in schweren Fällen von sexuellen Übergriffen besonders Raum in unserer Partei brauchen, in dem sie sicher sind – das muss auch jenseits langwieriger und belastender Verfahren möglich sein. Gerade ist der Status Quo nicht ausreichend und unser Anspruch ist es, hier besser zu werden.

Entscheidungsträger:innen in der LINKEN brauchen Leitfäden und Instrumentarien wie Satzungsänderungen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Darauf arbeitet derzeit die feministische Kommission hin und wir erwarten von der Bundespartei, dass nach der Vorlage der Empfehlungen gehandelt wird, womit wir rechnen.

Gleichzeitig wollen wir als Landespartei dabei unterstützen, dass es neben der Vertrauensperson auf Landesebene auch auf regionaler Ebene Ansprechstellen für Betroffene gibt und unterstützen die Kreisverbände bei der Schaffung solcher Stellen. Die dazu in der Partei existierenden Möglichkeiten der Schulung, Vernetzung und Beratung vor allem auch mit der Bundesebene, z.B. der feministischen Kommission, wollen wir aktiv nutzen.